

18. I. 1919

K. k. Bezirksschulrat Wien

Wien, am 28. Februar 1918

G. 2023/18

An die Leiter der sämtlichen  
öffentlichen Elementar-  
Volk- und BürgerschulenPatriotischer Hilfsverein  
vom Wiener-Kreise für  
Wasser- u. Gasversorgung  
Verteilung von Holz-  
schutteln in den Schulen**Eine Staatsangestelltenkammer**

Im Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses fand gestern unter dem Vorsitz der Unterstaatssekretäre Dr. v. Bed. Glöckel und Dr. Baber eine vom Kabinettsrat veranstaltete, von Vertretern sämtlicher Organisationen der deutschösterreichischen Staatsbediensteten besetzte Enquete zur Beratung über die Schaffung einer Staatsangestelltenkammer statt.

Unterstaatssekretär Dr. R. v. Bed. bezeichnete als Gegenstand der Beratung die Frage, ob und auf welche Weise die Staatsangestellten zur Mitwirkung in allen sachlichen Fragen, die den Zivilstaatsdienst im allgemeinen und gemeinsame berufliche Interessen aller Zivilstaatsbediensteten berühren, herangezogen werden sollen. Der Kabinettsrat, der sich mit diesem Gegenstand eingehend befaßte, habe beschlossen, zunächst die Meinung der Vertreter der Organisationen der Staatsangestellten zu hören und auf Grund dieser Ausführungen endgültig zur Frage Stellung zu nehmen. Es sei selbstverständlich, daß die neue demokratische Zeit auch neue demokratische Einrichtungen erfordert. Insbesondere bedarf das Verhältnis der Staatsangestellten zum neuen Staat und zu seinen Behörden einer Ueberprüfung. Der Vorsitzende gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Beantwortung der einzelnen Fragen durch die Enqueteteilnehmer den in Verhandlung stehenden Gegenstand wesentlich klären und in einer Weise vertiefen werde, daß auf dieser Grundlage zu einer allseitig befriedigenden Lösung dieser wichtigen Fragen geschritten werden kann.

An der Beratung nahmen die Vertreter, beziehungsweise Vertreterinnen von mehr als Hundert Vereinigungen teil.

In der Verhandlung kam einmütig der Wunsch zum Ausdruck, daß durch Schaffung der Angestelltenkammer nicht etwa die Tätigkeit und der Einfluß der Angestelltenorganisationen herabgesetzt werden. Es müsse im Gegenteil die Zugehörigkeit zu einer Fachorganisation die Vorbedingung zur Wahlberechtigung bilden. Die Vertreter der Eisenbahner und Staatsarbeiter legten besonderen Wert darauf, eine eigene Abteilung der Kammer zu erhalten.

Die Beratungen werden heute fortgesetzt werden.